

# «Liberale Wählerinnen fühlen sich nicht vertreten»

Die neue GLP-Präsidentin Katja Christ kritisiert die Bürgerlichen und will eine eigene Regierungskandidatur

Von Jonas Hoskyn

**BaZ:** Frau Christ, was reizt Sie am Präsidium einer Partei, die auf dem absteigenden Ast ist?

**Katja Christ:** Das sehe ich anders. In Basel konnten wir in den letzten Wahlen unseren Wähleranteil halten. Auch im Grossen Rat haben wir mit fünf Mitgliedern die Fraktionsstärke halten können. Das ist für eine neue Partei ein Erfolg.

**National aber sieht es für die Grünliberalen ziemlich düster aus. Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» wurde zum Debakel. Die Partei könnte eine kurzfristige Erscheinung bleiben.**

Die GLP ist die Partei mit dem langfristigen Denken. Die Mischung aus wirtschaftsfreundlich und nachhaltig in der Energie- und Umweltpolitik ist für mich die Zukunft. Die Grünliberalen hatten schnell viel Erfolg. Es war klar, dass das nicht nur immer aufwärtsgehen kann. Ein Punkt, an dem wir arbeiten müssen, ist unsere Zusammensetzung. In Basel ist die Altersstruktur der Partei noch zu homogen. Die meisten sind zwischen 30 und 50 Jahre alt, stehen voll im Arbeitsleben und haben junge Kinder. Uns fehlen Studenten oder Rentner, die mehr Zeit haben, aktiv Politik zu betreiben und auf die Strasse zu gehen.

**Welche Ziele haben Sie sich als Präsidentin vorgenommen?**

Wir wollen politisch breiter werden. Neben der Energiepolitik gibt es auch gesellschaftsliberale oder wirtschaftspolitische Themen, da haben wir viel zu bieten. In der Bildungspolitik gibt es in Basel einige Punkte, die man ansprechen muss. Wir starten in Rie-



**Politische Durchstarterin.** Die 43-jährige Katja Christ politisiert seit vier Jahren für die Grünliberalen. Gestern wurde sie zur Präsidentin gewählt. Foto Dominik Plüss

hen dieser Tage eine Umfrage unter Eltern zum neuen Französisch-Lehrmittel «Milles feuilles», welches zuletzt viel zu reden gab. Auch in der Verkehrspolitik muss man langfristige Lösungen erarbeiten, die umweltpolitisch sinnvoll, aber auch für Unternehmen tragbar sind.

**Im Herbst stehen die kantonalen Wahlen an. Welche Ziele haben Sie sich da vorgenommen?**

Bei den Grossratswahlen ist das Minimalziel der Ist-Zustand mit fünf Parlamentariern. Ich bin optimistisch: Ein oder zwei zusätzliche Sitze sollten möglich sein.

**Obwohl Ihre Fraktion vergleichbar klein ist, spielt die GLP im Parlament oft das Zünglein an der Waage. Mal stimmen Sie mit den Linken, mal mit den Bürgerlichen.**

Das wird von aussen oft so wahrgenommen. Wir sind jedoch nicht manchmal bürgerlich und manchmal links. Unser Abstimmungsbild ist unser eigenes. Mit links stimmen wir vor allem, wenn es um Nachhaltigkeit und Ökologie geht, falls die Lösungsansätze unseres Erachtens wirtschaftlich tragbar und sinnvoll sind, mit den Bürgerlichen in Wirtschafts- und Finanzfragen. Die Rolle zwischen

Linken und Bürgerlichen haben wir nicht aktiv gesucht, aber sie gibt uns eine Position, in der man uns ernst nehmen muss.

**Der Nachteil ist, dass man als Partei zwischen den Blöcken zerrieben werden kann. Bei den Regierungsratswahlen gibt es ein linkes und ein bürgerliches Lager. Die GLP blieb aussen vor.**

Die Linken treten mit einem Fünfer-ticket aus SP, Grünen und BastA! an. Das finde ich taktisch geschickt. Man hätte auch bei den Bürgerlichen sagen können, wir bieten eine Auswahl mit fünf Kandidaten aus fünf Parteien mit gemeinsamen politischen Zielen, wobei man damit nicht zwingend einen Anspruch auf fünf Sitze geltend gemacht hätte. Vielleicht wären dann nur vier gewählt worden, aber auch das wäre ja ein Machtwechsel gewesen. Wir hätten uns durchaus auf der bürgerlichen

**«Es gibt sicher viele, die uns als Ergänzung zur linken oder bürgerlichen Liste nehmen.»**

Liste mit CVP, FDP, LDP und SVP gesehen – auch als Alternative innerhalb der Liste. Die Situation hat sich für mich mittlerweile noch verschärft, da es die Bürgerlichen nicht geschafft haben, eine Frau auf ihr Viererticket zu setzen. Es gibt viele bürgerlich-liberale Wählerinnen, die sich nicht vertreten fühlen. Ich finde es wichtig, dass man eine gemischte Auswahl anbietet. Bei vier Kandidaten sollte das möglich sein. Momentan sorgen nur die Linken dafür, dass

man überhaupt eine Frau wählen kann. Das kann nicht deren Aufgabe alleine sein.

**Was machen Sie jetzt mit dieser Ausgangssituation?**

Wir haben uns und unsere rund fünf Prozent Wähleranteil für eine bürgerliche Fünferliste angeboten. Jetzt können wir nicht einfach selbstlos auf eine Kandidatur verzichten, nur um andere Kandidierende möglicherweise nicht zu gefährden. Wir werden entscheiden, ob wir eine eigenständige Kandidatur in der Mitte lancieren. Das kann auch eine Chance sein. Es gibt sicher viele Wähler, die uns als Ergänzung zur linken oder bürgerlichen Liste nehmen und froh sind über eine unabhängige Kandidatur.

**Eine ähnliche Ausgangssituation gab es bereits vor einem halben Jahr bei den Ständeratswahlen. Ihr Vorgänger David Wüest-Rudin blieb völlig chancenlos.**

Das war eine völlig andere Ausgangssituation. Damals ging es genau um einen Sitz und man hatte zwei geschlossene Lager. Gegen Anita Fetz blieben übrigens alle chancenlos. Dieses Mal sind sieben Sitze in der Regierung zu wählen. Egal, ob man das linke oder das bürgerliche Ticket wählt, es bleiben auf dem Wahlzettel Linien frei. Ohne das Gefühl, eine intakte Chance zu haben, werden wir nicht antreten.

**Nach Ihrer vorherigen Aussage gehe ich davon aus, dass eine Frau für die GLP kandidiert.**

Entschieden ist noch nichts. Im Gespräch sind David Wüest-Rudin, Martina Bernasconi und ich. Der Entscheid, ob wir kandidieren und mit wem, wird wohl in den nächsten Wochen fallen.

ANZEIGE

Publireportage

## Schweiz – EU: Wie weiter?

Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 ist das Verhältnis zur EU angespannt. In den nächsten Monaten muss entschieden werden, wie die Partnerschaft mit unseren Nachbarn in Zukunft aussehen soll. Ein Interview mit Botschafter Henri Gétaz.

**Herr Gétaz, wie steht die Schweiz zu Europa?**

Henri Gétaz: Mit unseren europäischen Nachbarn teilen wir eine ähnliche Rechtstradition und auch dieselben kulturellen und politischen Werte. Sehr oft stehen wir vor den gleichen Herausforderungen, wie der Migration, der Wirtschafts- und Währungsentwicklung sowie der europäischen Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent. Die enge Partnerschaft, welche die Schweiz mit der EU und mit unseren nächsten Nachbarn pflegt, bringt uns Wohlstand, stärkt die Stabilität und letzten Endes auch die Selbstständigkeit der Schweiz.

**Der Bundesrat will mittels einer Schutzklausel die Zuwanderung von Personen steuern. Denken Sie, die EU wird dies akzeptieren?**

Bei der Umsetzung der Verfassungsbestimmungen zur Zuwanderung strebt der Bundesrat prioritär eine einvernehmliche Lösung mit der EU an. Weil aber mit der EU noch keine Einigung erzielt werden konnte, hat der Bundesrat dem Parlament vorgeschlagen, die Zuwanderung mittels einseitiger Schutzklausel zu steuern. Die Konsultationen mit der EU dazu sind weiter im Gang.

**Bei der Zuwanderung von Angehörigen der EU- und EFTA-Staaten soll eine bestimmte Schwelle festgelegt werden, ab**



Botschafter Henri Gétaz, Direktion für europäische Angelegenheiten.

**der für das Folgejahr Höchstzahlen und Kontingente eingeführt würden. Nach welchen Kriterien sollen diese Kontingente definiert und verteilt werden?**

Die Botschaft zur Umsetzung von Verfassungsartikel 121a befindet sich jetzt im Parlament. Der Bundesrat schlägt vor, jährliche Höchstzahlen zu definieren, sobald die Nettozuwanderung einen Schwellenwert überschreitet. Dabei sollen die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollen

weitere Massnahmen greifen, um inländische Arbeitskräfte zu fördern und gegen Missbräuche auf dem Arbeitsmarkt vorzugehen.

**Was wären die Folgen für die Schweiz bei einer Ablehnung der Schutzklausel?**

Wie gesagt strebt der Bundesrat eine einvernehmliche Lösung mit der EU an. Gelingt dies nicht, muss mit erheblichen Unsicherheiten im Verhältnis zur EU gerechnet werden. Welches die Konsequenzen im Einzelnen wären kann nicht vorausgesagt werden.

**Was sind die grössten Herausforderungen der Schweizer Europapolitik für das Jahr 2016?**

Der Bundesrat hat vor kurzem die aussenpolitische Strategie 2016 bis 2019 verabschiedet. Dort hält er fest, dass die Beziehungen der Schweiz zu den EU-/EFTA-Staaten, unter besonderer Berücksichtigung der Nachbarstaaten, gefestigt werden sollen. Ein ausbaufähiges Verhältnis zur EU ist sicherzustellen. Gute Beziehungen mit der EU sind eine Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Politikfeldern, welche zur Förderung von Wohlstand und Sicherheit der Schweiz beiträgt. Der Bundesrat strebt eine bessere Steuerung der Migration und gleichzeitig die Wahrung und den Ausbau des bilateralen Wegs mit der EU an.

**Was braucht Europa jetzt?**

Die Schweiz hat ein Interesse an einem starken, wettbewerbsfähigen Europa und ebenso an einer starken, sicheren und wettbewerbsfähigen EU, unserer hauptsächlich wirtschaftlichen Partnerin. Und Europa muss eine gemeinsame Antwort auf die grösste Flüchtlingskrise seit dem zweiten Weltkrieg finden.

### Besuchen Sie die Werkstatt Basel

Unter dem Titel «Schweiz – EU: Wie weiter?» veranstaltet die Handelskammer beider Basel eine Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung. Informieren Sie sich über die Sachlage der Europapolitik beim Inputreferat von Henri Gétaz. Mittels E-Voting und SMS können Sie sich vor Ort bei der Paneldiskussion einbringen und Handlungsempfehlungen mitgestalten, die nach der Werkstatt veröffentlicht werden.

Dienstag, 12. April 2016,  
18.00 bis 20.00 Uhr  
Kino Pathé Küchlin  
Steinenvorstadt 55, Basel

Anmeldung erforderlich über:  
[veranstaltungen@hkbb.ch](mailto:veranstaltungen@hkbb.ch)

[www.hkbb-werkstattbasel.ch](http://www.hkbb-werkstattbasel.ch)